

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/122/

30. Juni 1976

Die CDU entdeckt die Theorie

Politische Überlegungen auf den Spuren der SPD

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesjustizminister

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Weg jetzt frei für ein "EG-Meer"

Zur Beilegung des Fischereikonflikts mit Island

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und außenpolitischer
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 3 / 37 Zeilen

Ein Beweis für die Kraft der Demokraten

Die Situation Portugals nach den Präsidentenwahlen

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-
Bundestagefraktion

Seite 4 und 5 / 46 Zeilen

Die aktuelle Pressediens-Dokumentation

"Franz Josef Strauß von nah gesehen"

Seite 6 und 7 / 80 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-024
Telefon: 22 80 37-38
Telefax: 08 80 846-45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die CDU entdeckt die Theorie

Politische Überlegungen auf den Spuren der SPD

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Bundesjustizminister

Die Unions-Parteien haben seit einiger Zeit die Theorie entdeckt. Überall wirken Kommissionen, die Grundwerte entdecken, Diskussionspapiere schreiben, Programme formulieren und Leitsätze publizieren. Der SPD, die die theoretische Diskussion von jeher gepflegt hat und nicht erst neuerdings zu der Erkenntnis gekommen ist, daß politisches Handeln ohne theoretisches Fundament sich bald in planlosem Herumbessern erschöpft, kann das nur recht sein. Es hebt den Wettbewerb um die Stimmen der Bürger auf die Ebene des Grundsätzlichen und zwingt zu klarer Positionsbestimmung.

So sehr diese neuen Bemühungen der Opposition also generell zu begrüßen sind, so sehr ist es allerdings auch notwendig, die Produkte dieser Denker und Programmatiker genau anzusehen. Von den Leitsätzen zur Familienpolitik, die die CDU im Mai 1976 vorgelegt hat und deren rechtspolitische Aussagen hier unter die Lupe genommen werden sollen, bleibt danach nicht viel übrig, das den Anspruch rechtfertigen könnte, mit dem dieses Papier vorgelegt worden ist.

In dem mit "Familienpolitische Grundsätze" überschriebenen Abschnitt findet sich kaum etwas, was nicht von jedermann unterschrieben werden könnte. Das ist aber nicht deshalb so, weil der CDU gelungen wäre, griffig zu formulieren, was alle Welt bisher gedacht, aber zu formulieren nicht vermocht hat; es muß vielmehr festgestellt werden, daß die CDU hier längst Anerkanntes und in das Gesetz bereits Umgesetztes wiederholt. Wenn es dort heißt, daß die Familie ihr Familienleben in eigener Verantwortung gestalte und es eine zentrale Aufgabe sei, die soziale Funktion und die

Erziehungsfähigkeit der Familie zu stärken, wobei jeder einzelne die Freiheit habe, zu entscheiden, in welchen Formen von Gemeinschaft er leben will, und daß mit all dem der Weg zur partnerschaftlichen Ehe und Familie gewiesen sei, so ist das nichts anderes als einer der Inhalte des Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts, das die Koalition auf der Grundlage eines Entwurfs der Bundesregierung kürzlich durchgesetzt hat. Umso mehr muß der Vorwurf der CDU verwundern, daß die Koalition familienpolitische Gesichtspunkte zu wenig beachtet habe. Er liegt auf der gleichen Ebene wie die längst der Lächerlichkeit preisgegebene Polemik, dieses Gesetzeswerk sei "frauen-, kinder-, familien- und volksfeindlich"; eine Polemik übrigens, die die Urheber inzwischen selber dadurch dementiert haben, daß sie dem Ergebnis der Beratungen des Vermittlungsausschusses mehrheitlich zustimmten.

Auch die Abschnitte "Familie und Partnerschaft" und "Familie und Erziehung" liegen auf der gleichen Linie des großen Anspruchs und des mäßigen Neuigkeitswertes der Aussage. Was von der CDU zu Familie und Partnerschaft gesagt wird, nimmt sich weitgehend wie der Versuch aus, den Inhalt des oben bereits erwähnten Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts in seinem das Eheführungsrecht betreffenden Teil wiederzugeben. Die CDU-Aussagen, daß auch das Kind ins partnerschaftliche Zusammenleben einzubeziehen sei, und daß das Kindeswohl oberstes Ziel der Familienpolitik zu sein habe, sind Binsenweisheiten. Die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung zur Neuregelung des Sorgerechts und zur Reform des Adoptionsrechts setzen genau diese Forderungen in Gesetze um.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Koalition hat keinen Anlaß zu beklagen, daß die Anerkennung der Richtigkeit ihres rechtspolitischen Handelns nunmehr so weit geht, daß die Opposition nicht nur fest allen rechtspolitischen Reformvorhaben einstimmig oder doch mit großen Mehrheiten zustimmt, sondern daß sie die zugrunde liegenden Überlegungen auch ihren eigenen programmatischen Äußerungen zugrunde legt. Anlaß besteht aber darauf hinzuweisen, daß derjenige, der unter Mißachtung politischer Urheberrechte wahre Meisterschaft im Übernehmen von anderwärts bereits Vorgedachtem (auch die Grundwertediskussion gehört hierher) entwickelt, wenig glaubwürdig ist, wenn verblübbende Unterschiede in Nuancen zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten hinaufstilisiert werden.

(-/30.6.1976/va/e/pr)

+ + +

Weg jetzt frei für ein "EG-Meer!"

Zur Beilegung des Fischereikonflikts mit Island

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt und
außenpolitischer Sprecher des SPD-Vorstandes

Die zwischen Großbritannien und Island getroffene Vereinbarung vom 1. Juli 1976 über die britischen Fangmöglichkeiten in den Gewässern um Island ist auch für die anderen EG-Mitgliedstaaten und insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung. Nachdem es der Bundesregierung gelungen war, eine Einigung mit Island herbeizuführen, wurde durch die britisch-isländische Vereinbarung jetzt das letzte Hindernis für die seit 1972 beabsichtigte Regelung der Beziehungen zwischen der EG und Island aus dem Weg geräumt.

Die Gemeinschaft konnte nunmehr mit Wirkung zum 1. Juli 1976 das sogenannte Protokoll Nr. 6 zum Freihandelsvertrag EG-Island in Kraft setzen. Island wird dabei so gestellt, als ob die in der Vereinbarung mit der EG vorgesehene schrittweise Senkung der Zolltarife für isländische Fischereiprodukte wie ursprünglich vorgesehen 1972 in Gang gesetzt worden wäre. Die EG-Mitgliedstaaten und die Kommission haben ihrerseits klargestellt, daß isländische Maßnahmen, die die derzeitige Ausgewogenheit der Regelung mit der EG in Frage stellen, eine Überprüfung der von der EG gewährten Vergünstigungen zur Folge haben könnten. Hierbei muß einerseits berücksichtigt werden, daß die isländischen Ausfuhren zu 80 vH aus Fischereiprodukten bestehen und daß andererseits der Gemeinsame Markt für Island von besonderer Bedeutung ist.

Die Beendigung des Fischereikonflikts EG-Island sichert zugleich das bilaterale Abkommen der Bundesrepublik mit Island und ist deshalb für die deutsche Fischwirtschaft und den Verbraucher von besonderer Bedeutung. Die Bundesregierung hat sich insbesondere dafür eingesetzt, daß eine automatische Aussetzung der am 1. Juli in Kraft tretenden Regelung im Falle von Differenzen vermieden wurde. An der automatischen Auslösung eines neuer Konflikts kann niemand gelegen sein. Jetzt ist die Lage so, daß zunächst verhandelt werden muß.

Darüber hinaus hat die Beendigung des Fischereikonflikts mit Island positive Auswirkungen auf die europäische Integration. Für die Zukunft erscheint die Sicherung der Fischereirechte der EG-Mitgliedstaaten nur noch durch die Gemeinschaft aussichtsreich. Großbritannien hat deshalb inzwischen auch seinen Vorbehalt gegen die Aufnahme einer EG-Klausel in eine Seerechtskonvention zurückgezogen. Nunmehr geht es um die Aufnahme von Verhandlungen der Gemeinschaft mit Drittstaaten über Fischereirechte für unsere Fernfischerei. Gleichzeitig ist auch der Weg frei für die in unserem Interesse liegende Schaffung eines "EG-Meeres".

(-/30.6.1976/vs/pr)

+ + +

Ein Beweis für die Kraft der Demokraten

Die Situation Portugals nach den Präsidentenwahlen

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

In der ersten freien Präsidentenwahl seit fünfzig Jahren ist Antonio Eanes im ersten Wahlgang mit 61,54 vH der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 75,42 vH klar als Sieger hervorgegangen. Dieses eindeutige Ergebnis ist ein weiterer wesentlicher Beitrag zur innenpolitischen Stabilisierung der Demokratie in Portugal. Die Hauptaufgabe nach der Regierungsbildung wird jetzt darin bestehen, die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für die Stabilisierung der Demokratie in Portugal zu verbessern.

Aufgrund der Ergebnisse der vorangegangenen Parlamentswahlen wird Eanes Mario Soares mit dem Amt des Regierungschefs betrauen. Eanes ist mit Unterstützung der Sozialisten zum Präsidenten gewählt worden. Alle anderen Kandidaten sind klar geschlagen worden. In diesem Ergebnis zeigt sich also auch die starke Stellung der Sozialisten in Portugal.

Für die Kommunisten ist das Wahlergebnis ihres Kandidaten Pato mit 7,58 vH weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ihr Einfluß ist weiter zurückgegangen. Ein Unsicherheitsfaktor bleiben die Kräfte um Otelo Cavalho, der mit 16,52 vH der Stimmen die zweithöchste Stimmzahl erzielen konnte und jetzt seine Anhängerschaft dahingehend mobilisieren möchte, die parlamentarische Demokratie aus dem Sattel zu heben. Die demokratischen Kräfte Portugals erscheinen jedoch stark genug, um einer solchen Entwicklung gemeinsam entgegenzutreten.

Mario Soares hat augenblicklich keine andere Möglichkeit, als eine Minderheitsregierung zu bilden. Seine Regierung braucht die parlamentarische

Unterstützung anderer Gruppen, die auch gesichert zu sein scheint. Auf die Dauer erscheint freilich eine Verbreiterung seiner Basis wünschenswert, um die politische Stabilität des Landes zu gewährleisten. Für die neue Regierung Portugals wird es entscheidend darauf ankommen, in welchem Maße die europäischen Nachbarn Portugals zu einer Zusammenarbeit und zur Hilfe bereit sind.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß die erste Auslandsreise nach den Präsidentschaftswahlen Mario Soares in die Bundesrepublik führte, um hier Gespräche über die Möglichkeiten einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu führen. Wir sollten von uns aus alles tun, um Portugal beim Aufbau zu helfen. Allzu schnell ist in der Übergangsphase von der faschistischen Diktatur zur Demokratie von denjenigen, die die Ereignisse in Portugal ausschließlich unter dem Blickwinkel einer anti-kommunistischen Politik beurteilt haben, den demokratischen Kräften die notwendige Unterstützung versagt worden. Statt zu helfen, haben eine Reihe von konservativen Politikern sich darauf beschränkt, anzuklagen. Viele haben Portugal bereits zu einem Zeitpunkt als kommunistisch beherrscht aufgegeben, als sich dieses Land noch mitten in einem Prozeß der Umwandlung befand.

Die tatsächliche Entwicklung Portugals ist ein lebendiger Beweis für die Fähigkeit zur Selbstbehauptung der Demokraten. Die Sozialistische Partei Portugals ist der stärkste und wichtigste Träger des demokratischen Gedankens. Geben wir den demokratischen Kräften die Unterstützung, die sie jetzt brauchen.

(-/30.6.1976/ve/pr)

+ + +

Die aktuelle Pressedienst-Dokumentation

"Franz Josef Strauß von nah gesehen"

Die "Basler National-Zeitung" veröffentlichte am 26. Juni 1976 folgenden Beitrag von Immanuel Birnbaum:

"Als er im Hochsommer 1975 seinen 60. Geburtstag beging - das Hauptfest war ein Masseneinpang im grössten Hof der Münchner Residenz, bei dem er wie ein Volkskönig auftrat -, war er auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn angelangt. In der gemeinsamen Bonner Fraktion der CDU und ihrer Schwesterpartei, der bayerischen CSU, deren Parteitag heute in München zu Ende geht, hatte er den stärkeren Detaillonen der Christdemokraten das Fürchten beigebracht. Gegen ihn war in dieser grössten Partei der Bundesrepublik kein entscheidender Beschluss mehr möglich, weil er jederzeit damit drohen konnte, seine bayrische Gefolgschaft aus der gemeinsamen Organisation abzusondern und eine Vierte Partei auch in Norddeutschland und in den westdeutschen Industriegebieten auf die Beine zu stellen.

Solange diese Fraktion regiert hatte, war er immer einer ihrer stärksten Minister gewesen, anfangs nur im Ressort für die Atompolitik, dann als Wehrminister und schließlich in der (schwarz-roten) Koalition als Finanzminister. Aber sein höchstes Ziel, zum Kanzlerkandidaten der jetzigen Opposition für den Wahlkampf 1976 gekürt zu werden, hatte er kurz vor dem Geburtstag verfehlt. Man hatte ihm den biederen Rheinpfälzer Helmut Kohl für diese Rolle vorgezogen, dem er, Strauß, sich als politisches Talent weit überlegen fühlt. Auch Gesinnungsfreunde, die dieses Talent fast so hoch einschätzen wie er selbst, hatten ihn bei diesem letzten Sprung zum Gipfel im Stich gelassen.

Franz Josef Strauß wird also nach menschlichem Ermessen nie an die Spitze der Bundesrepublik Deutschland gelangen, denn das nächste Mal, wenn das theoretisch wieder möglich werden könnte, wäre er schon zu alt. Er selbst traut dem Rivalen Kohl keinen Wahlsieg zu, rechnet also damit, ab 1977 weitere Jahre nur Bonner Oppositioneredner zu bleiben. Im Wahlkampf wird er zwar das Gegenteil versichern. Aber, wenn man in München vorsichtig anklopft, ob er etwa im Fall einer Verlängerung der sozial-liberalen Koalition in Bonn Ministerpräsident in Bayern werden wolle, hat er bisher immer abgewinkt: Erstens könne man ja noch nicht wissen, wie es Ende 1976 in Bonn aussehen würde, und zweitens brauche er in Bayern nicht ein Regierungsamt zu übernehmen, um hier politisch die entscheidende Kraft zu bleiben. Die

Mehrheit der CSU im Münchner Landtag ist tatsächlich auf lange hinaus so stark und sicher, daß ihr Vorsitzender hier der mächtigste Mann bleibt, auch wenn er meist ausserhalb des Bundeslandes tätig ist. 1976 könnte er allenfalls noch einmal Finanzminister werden.

Woher kommt die Furcht vor Überraschungen, die Strauß Freunden und Gegnern bereiten könnte? Es gibt da ein paar Affären aus seiner Vergangenheit, etwa den Fall in dem er als Wehrminister einen namhaften deutschen Publizisten im Ausland verhaften ließ, ohne dazu befugt zu sein, oder seine Entscheidungen über den Ankauf der amerikanischen Starfighter-Flugzeuge, die dann der deutschen Bundeswehr viele Enttäuschungen bereitete und einer ganzen Anzahl junger Flieger das Leben kostete.

Auch seine Personalpolitik hat immer wieder Überraschungen hervorge-rufen. Er war es, der bei der Ausschaltung führender Gesinnungsfreunde die Weichen stellte. Der frühere Bundeskanzler Erhard mag ihm das vergessen haben, der ehemalige Fraktionsvorsitzende Barzel sicherlich nicht. Strauß hat auch Barzels Nachfolger in der Fraktion von CDU und CSU, den ehemaligen Staatssekretär Carstens, für dieses Amt durchgepöckelt und damit manche Enttäuschung veranlasst.

Ist er ein Rechtsradikaler? Es existieren auch Gegenbeweise zu dieser These. Strauß war nie ein Klerikaler, der sich der besonderen Gunst der obersten kirchlichen Würdenträger erfreute. Die ganz 'Schwarzen' in seiner Partei, wie der verstorbene Minister Hundhammer, haben ihn vielmehr kritisiert und bekämpft. Er steht auch ausser Verdacht, Sympathien für die Nationalsozialisten gehabt zu haben. Wenn er einige Exnazis in seine Partei aufnahm, so stets nur als Stimmenfänger, denen er aber keinen Einfluß ein-räumte. Dagegen hat er sich bei manchen Gelegenheiten als kompromissbereit mit politischen Gegnern auch auf der Linken erwiesen, etwa beim Abblasen aussichtsloser Volksbegehren seiner Partei oder bei der Zusammenarbeit mit dem damals von den Sozialdemokraten präsentierte(n) Finanzminister Schiller. In der Sache kann er biegsam sein, in der Wahrung seiner persönlichen Macht dagegen ist er immer hart.

Als CDU und CSU vor einigen Monaten ihre 'Kernmannschaft' für den nächsten Wahlkampf vorstellten, brachte Kohl in diese Auswahl seiner Besten einige namhafte und erfahrene Männer aus Theorie und Praxis hinein, wie den einflussreichen Professor Biedenkopf, ferner den in der Industrie wie in der Leitung des Bundeslandes Schleswig-Holstein bewährten Minister Stoltenberg oder auch den langjährigen Arbeitsminister und Gewerkschafts-funktionsär Katzer. Strauß dagegen stellte ausser sich selbst nur seinen Münchner Parteisekretär Tandler in dieser Reihe vor und seinen Bonner Frak-tionsleiter Stücklen, beide gute Organisatoren und für Strauß verlässliche Personalpolitiker, aber beide ohne jedes eigene politische Profil.

So bleibt Franz Josef Strauß in der deutschen Politik zwar eine starke Potenz, aber doch eine vorwiegend negative Grösse. Er kann künftige Entwick-lungen stören, manchmal verhindern. Er kann als schwarzer Mann für die Agi-tation seiner politischen Gegner wirken. Aber konstruktive Entwicklungen können von ihm nach menschlichem Ermessen nicht mehr ausgehen, während das bei manchem anderen Politiker der jetzigen Regierungskoalition ebenso wie der jetzigen Opposition durchaus möglich bleibt." (-/30.6.1976/ve/e/pr)

+ + +